

**MOTION** von Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen), Claudio Schmid (SVP, Bülach) und Othmar Kern (SVP, Bülach)

betreffend Voraussetzungen für den Bau von Asylunterkünften, Moratorium

---

Die Regierung wird gebeten, folgendes Moratorium gesetzlich zu regeln:  
Mit der Planung und dem Bau von Asylunterkünften im Kanton Zürich ist zuzuwarten, bis die Auswirkungen des neuen Asyl- und des neuen Ausländergesetzes (eidgenössische Volksabstimmung vom 24. September 2006) für den Asylvollzug im Kanton Zürich evaluiert und in die Planung einbezogen worden sind.

Matthias Hauser  
Claudio Schmid  
Othmar Kern

Begründung:

Die in der eidgenössischen Volksabstimmung vom 24. September 2006 deutlich angenommenen Änderungen des Asyl- und des Ausländergesetzes (im Kanton Zürich mit Ja-Stimmenanteilen von 67% und 69%) verändern den Vollzug des Asyl- und Ausländerrechtes in den Kantonen. Es ist abzusehen, dass Vollzugspendenzen abgebaut werden können. Die Entwicklung, nach welcher bereits in den vergangenen zwei Jahren zahlreiche Unterkünfte für Asylsuchende in der ersten Phase des Verfahrens (Abklärung des Asylgesuches) aufgegeben werden konnten, respektive der Kanton bei betreuenden Organisationen Betreuungsplätze kündigen konnte, dürfte nun weitergehen.

Da im Asylwesen der kantonale Neumietenstopp aufgehoben wurde, kann der laufende Bedarf an Betreuungsplätzen für den Kanton Zürich mit bestehenden Mietliegenschaften gedeckt werden. Dies drängt sich auch deshalb auf, da Vermieter von Asylunterkünften, zum Beispiel Gemeinden oder Baugenossenschaften, für die Einrichtung solcher Unterkünfte millionenteure Investitionen getätigt haben. Ein allfälliger Neubau oder eine allfällige Neueinrichtung von Durchgangszentren für Asylsuchende, welche sich in einer Liegenschaft befindet, von welcher der Kanton Zürich Eigentümer ist, muss unbedingt auf Grund einer Bemessung der Notwendigkeit anhand der aktuellen gesetzlichen und tatsächlichen Lage erfolgen. Diese Bemessung ist erst möglich, nachdem die Erlasse zum geänderten Asylgesetz und zum geänderten Ausländergesetz während einiger Zeit umgesetzt und die entsprechenden Erfahrungen evaluiert worden sind.